

Vortrag Prof. Dr. Carlo Masala

„Neue Weltordnung auf globaler Ebene“

Industrie-Club e.V. Düsseldorf am 3. Februar 2025

(Wortprotokoll)

Herr Masala:

Zunächst einmal möchte ich mich recht herzlich bei Herrn Dr. Braunfels, Herrn Grolman und Herrn Scheele bedanken für die Einladung, heute Abend vor Ihnen sprechen zu dürfen und mit Ihnen vor allem diskutieren zu dürfen. Ich gestehe, als gebürtiger Kölner ist mir das Akzeptieren einer Einladung nach Düsseldorf zunächst einmal nicht leichtgefallen, aber ich bin trotzdem gerne zu Ihnen gekommen, um zu gucken, wie sich das Dorf entwickelt hat.

Herr Dr. Braunfels hat es bereits gesagt, in der Vorabsprache mit dem Industrie-Club sind wir zu der Auffassung gekommen, dass vielleicht ein Vortrag, der sich dezidiert mit der Situation in der Ukraine, mit der militärischen Situation, der politischen Situation auseinandersetzt, vielleicht nicht das Angemessene ist, angesichts des Publikums, das ich heute hier vor mir habe, nicht weil Sie es nicht verstehen würden, sondern weil es einfach viel zu speziell ist. Dass es vielleicht besser wäre und sinnvoller wäre, einen Vortrag hier zu halten, in dem ich versuche ein bisschen die größeren Linien zu ziehen. Und zwar die größeren Linien in Hinsicht auf drei Fragen.

Das ist zum einen die Frage: Was erleben wir eigentlich gerade? Zweitens ist es die Frage: Was kommt auf uns zu? Und die dritte Frage ist: Sind wir auf das, was auf uns zukommt, gut vorbereitet?

Wenn ich die erste Frage stelle: Was erleben wir gerade? Dann könnte man mir jetzt erwidern, wir sind ja nicht dumm, wir sehen ja, was wir hier erleben. Und natürlich schauen Sie alle seit ungefähr fünf Jahren auf die internationale Politik und haben vielleicht das Gefühl, der jetzige Bundespräsident hat das mal, als er noch Außenminister war 2015, in einer Rede in Potsdam so formuliert, dass die Welt aus den Fugen geraten sei.

Wir sehen im Osten einen russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine, der mittlerweile seit drei Jahren, der zweite Krieg, der seit drei Jahren dauert. Wir sehen, wenn wir auf die Südflanke der europäischen Union schauen, die militärische Auseinandersetzung zwischen Israel, Hamas, Hisbollah und auch teilweise dem Iran. Diejenigen von Ihnen, die sich für Afrika interessieren, haben mitbekommen, dass in den letzten 20 Monaten drei Regierungen in der Sahelzone weggeputscht wurden, jetzt dort Militärjuntas an der Macht sind. Die Russen mit ihrem Paramilitär, also der ehemaligen Wagner-Gruppe da rein gegangen sind, mit denen Verträge geschlossen haben.

Diejenigen, die sich für Zentralasien und den Kaukasus interessieren, haben vielleicht mitbekommen, dass in den letzten 24 Monaten, Aserbeidschan zweimal einen Krieg gegen Armenien angefangen hat, die Enklave Nagorny Karabach erobert hat und letzten Endes, muss man sagen, eine ethnische Säuberung durchgeführt hat, weil innerhalb von 24 Stunden die ungefähr 100.000 Armenier, die in Bergkarabach lebten, weg waren.

Das ist nur das Umfeld Europas. Diejenigen von Ihnen, die sich für eine breitere Sichtweise entschieden haben, bekommen mit, wie China immer aggressiver auftritt, um seine Territorialansprüche in der südchinesischen See durchzusetzen. Wir hatten drei Manöver der chinesischen Marine, die auf eine Abriegelung Taiwans abzielten. Wir haben ständige Provokationen gegen die Philippinen. Das sind alles die Sachen, die Sie so erleben.

Ich glaube ein Blick auf die einzelnen Konflikte versperrt eigentlich die Sicht auf das Größere. Und deswegen würde ich bei der Frage „Was erleben wir eigentlich gerade?“ drei Punkte machen, um die größere Perspektive Ihnen ganz einfach darzulegen.

Das eine ist, wir erleben gerade die Auseinandersetzung oder den Kampf um eine neue Weltordnung, nicht weniger und nicht mehr. Das ist eine Auseinandersetzung, die im Prinzip schon seit zehn Jahren dauert, die jetzt aber an Fahrt und an Aggression aufnimmt. Bei diesem Kampf um die neue internationale Ordnung, da geht es letzten Endes um die Frage: Überlebt die alte liberale Weltordnung, in der wir alle aufgewachsen sind oder wird sie durch eine neue Weltordnung, deren Konturen wir noch nicht so genau kennen, sondern nur erahnen können, ersetzt?

Herr Dr. Braunfels hat richtigerweise von der regelbasierten Ordnung gesprochen. Ich meide den Begriff aus dem einfachen Grunde, weil jede Ordnung Regeln hat. Jede Ordnung wird eine regelbasierte sein. Die zentrale Frage ist: Gefallen uns die Regeln oder nicht? Selbst im Dschungel gibt es Regeln. Survival of the fittest ist eine Regel.

Deswegen ist diese regelbasierte Ordnung, die wir seitens deutscher Politiker, europäischer Politiker oder amerikanischer Politiker hören, so ein bisschen eine Camouflage, denn sie meinen die alte liberale Weltordnung. Dieser Begriff ist nur so diskreditiert, dass sie ihn durch die regelbasierte Weltordnung ersetzt haben.

In der Tat, das weiß ich von deutschen Diplomaten, wenn sie nach China fahren und von einer regelbasierten Weltordnung sprechen, dann wissen die Chinesen genau, was sie meinen. Sie meinen die alte liberale Weltordnung.

Und in diesem Kampf befinden wir uns, wir befinden uns in einem Kampf um die Frage, überlebt die alte liberale Weltordnung, die – ich sage jetzt mal – in der Praxis sehr oft nicht liberal gehandhabt wurde. Sie haben 2003 z. B. einen amerikanischen Aggressionskrieg gegen den Irak erwähnt. Aber es gibt seit 1945 genug Fälle. Überlebt diese alte liberale Weltordnung, deren Kern letzten Endes sich auf vier Elemente kondensieren lässt?

Nämlich die Einsicht, dass Freihandel eigentlich die beste Form des internationalen Handels ist, so paradox das ja klingt in der Theorie, dass vom Freihandel beide Seiten profitieren.

Zweitens die Einsicht, dass es so etwas gibt wie Universalität der Menschenrechte, dass trotz aller Unterschiedlichkeit, der Mensch als Individuum egal wo er geboren wird, die gleichen Rechte hat und zwar qua Geburt, Naturrechte, in dem Sinne.

Drittens, die Einsicht, dass die Demokratie trotz aller ihrer Defizite aber historisch und auch gegenwärtig die für das Individuum beste aller Staatsformen ist.

Die vierte Einsicht ist, dass internationale Politik eigentlich im Regelfall am besten immer durch internationale Organisationen gehen sollte.

Das sind die vier Kernelemente dieser liberalen Weltordnung. Und die stehen zur Disposition. Sie werden herausgefordert seit längerem, aber jetzt mit einer Intensität und unter Zunahme von militärischer Gewalt durch – auch hier würde ich plädieren, dass wir andere Begriffe nehmen sollten, denn sie hören in der alten National Security Strategy der Biden-Administration stand drin, die neue Systemauseinandersetzung ist eine zwischen Demokratien und autoritären Staaten. Das finden sie auch in einigen Reden von Olaf Scholz und Annalena Baerbock. Ich halte das für falsch.

Ich glaube, diese Auseinandersetzung, die wir gerade erleben ist eine zwischen Status Quo-Mächten und revisionistischen Staaten, nämlich jene, die an der alten Weltordnung festhalten wollen, sie

vielleicht hier und da reformieren wollen und jene, die diese alte Weltordnung komplett vom Kopf auf die Füße stellen wollen.

Bei denen, die an dieser alten Weltordnung festhalten wollen, sind nicht nur Demokratien dabei. Ich war vor drei Monaten in Vietnam. Diejenigen von Ihnen, die Vietnam kennen, werden wissen, das ist ein Raubtierkapitalismus, was das Wirtschaftliche anbelangt, aber das ist ein harter kommunistischer Staat, was die politische Form und die gesellschaftliche Staatsform anbelangt. Vietnam steht eng an der Seite der USA bei der Verteidigung der liberalen Weltordnung, denn die größte Bedrohung, die Vietnam hat, ist China. Sie brauchen die USA als Partner. Deswegen stehen sie mit den USA, auch mit den Europäern und asiatischen Demokratien an der Seite derjenigen, die diese liberale Weltordnung erhalten wollen.

Auf der anderen Seite, diejenigen, die diese Weltordnung ersetzen wollen durch eine neue, sind nicht nur China und Russland. Das sind Staaten wie Brasilien, das sind Staaten wie Südafrika, wie Indien, wie Indonesien. Da mögen uns die jeweiligen Regierungen nicht gefallen, aber wir kommen nicht umhin zu sagen, das sind alles Demokratien. Die versammeln sich gerade in der BRICS.

Jedes Kommuniqué der BRICS genauso wie jedes chinesisch-russische Kommuniqué, das wir seit ein paar Jahren haben, macht dezidiert den Punkt, dass die größte Bedrohung für die internationale Sicherheit und Stabilität die Vereinigten Staaten sind, die Dominanz der Vereinigten Staaten. Was damit gemeint ist, ist die Dominanz der liberalen Weltordnung.

Wenn sie sich die BRICS genauer angucken, dann eint diese Staaten wenig. Die BRICS ist keine Erfolgsgeschichte, aber sie eint der Wille, diese alte liberale Weltordnung zu stürzen und durch etwas anderes zu ersetzen.

Also mein erster Punkt, den ich gerne machen würde, wir befinden uns in einem Kampf um eine neue Weltordnung, deren Ausgang ungewiss ist. Ich komme darauf später nochmal zurück.

Der zweite Punkt, ich habe gerade eben von diesen einzelnen Krisen geredet, auf die wir alle gucken und je nach unserer Interessenlage schauen wir auf die eine mehr als auf die andere und übersehen dabei den wichtigsten Punkt, nämlich dass wir in ein Zeitalter der Polykrisen eintreten. Polykrise ist eigentlich ein Begriff, den Adam Tooze, ein britischer Wirtschaftshistoriker, von dem ich als Wirtschaftshistoriker relativ wenig halte, für Wirtschaftskrisen benutzt hat, aber der wirklich sehr schön passt für die politischen Krisen, die wir erleben seit einigen Jahren.

Was Adam Tooze sagt ist, Polykrise heißt erstmal nichts anderes als mehrere Krisen. Aber mehrere Krisen gab es immer. Es ist nicht so, dass das internationale System seit Jahrhunderten immer nur durch eine gekennzeichnet ist, sondern es gab immer mehrere Krisen. Das Problem, das sich uns heute stellt, ist, dass diese Krisen miteinander verbunden sind und dass diese Krisen miteinander bewusst verknüpft werden, um die Position einzelner Akteure zu stärken.

Beispiele hierfür sind die Entsendung nordkoreanischer Soldaten nach Russland, um die russische Armee bei der Frage der Wiedereroberung von Kursk zu unterstützen. Damit verbindet Nordkorea bewusst das ostasiatische Konflikttheater mit dem eurasischen Konflikttheater. Die russischen Aktivitäten im Mittleren und Nahen Osten und zwar bei der Aufrüstung der Huthi, bei dem Versuch, die Iraner militärisch besser darauf vorzubereiten, sich gegen mögliche israelische Militärschläge zu schützen, damit verbindet Russland das mittlere und nahöstliche Konflikttheater mit dem eurasischen Konflikttheater.

Wenn, wir haben jetzt seit zwei, drei Tagen die Information von der iranischen Opposition, dass der Iran wohl jetzt entschieden hat, seine Bemühungen zur Entwicklung einer Nuklearwaffe zu beschleunigen. Wenn sie das auf diplomatischem Wege verhindern wollen, brauchen sie Russland. Es

gibt keinen engeren Partner als Russland, den der Iran gerade hat. Und die Russen, wenn sie sich darauf einlassen, werden sie es tun, aber der Preis, den sie dafür zahlen müssen, der liegt in der Ukraine.

Das sind Polykrisen. Polykrisen bedeutet nichts anderes letzten Endes, als dass Krisenmanagement und Konfliktregulierung in der Zukunft ungleich schwieriger werden als in der Vergangenheit. In der Vergangenheit konnten sie sich mehr oder weniger auf eine Krise konzentrieren und versuchen, die zu lösen, ob erfolgreich oder nicht sei mal dahingestellt. Aber das können sie heute nicht mehr machen. Wenn sie heute den Versuch unternehmen, Russland und die Ukraine zu lösen, das sagt Putin ganz klar, dann müssen sie über die europäische Sicherheit und über globale Fragen reden.

Es gibt eine Polykrise, die meines Erachtens eine der wichtigsten Krisen des 21. Jahrhunderts werden wird und die wir auch nicht vollumfänglich gerade hier in Deutschland und in Europa begriffen haben. Das ist der Zusammenhang, da spielen keine Akteure eine Rolle, das ist der Zusammenhang zwischen Klimakrise und Migrationsfrage. Wir reden sehr viel und natürlich in den letzten Wochen mit den Anträgen aber auch auf europäischer Ebene über die Frage, wie regulieren wir irreguläre Migration. Das ist natürlich politisch richtig.

Der Punkt ist, wir werden es dauerhaft nicht regulieren können, wenn wir nicht gleichzeitig an der Frage Klimawandel arbeiten, denn in vielen Teilen der Welt hat der Klimawandel zur Folge, dass Menschen ihre natürliche Lebensgrundlage verlieren und dann begeben sie sich auf Wanderung. Je näher das an Europa ist, desto mehr werden auch nach Europa kommen.

Es gibt Berechnungen vom Potsdamer Klimainstitut, wonach es nicht unwahrscheinlich ist, dass so in den nächsten fünf bis zehn Jahren in Indien der Monsun ausfallen könnte. Wenn das zwei, drei Jahre lang hintereinander passiert, werden 200 Mio. Inder keine Lebensgrundlage mehr haben. Die werden sich auf Wanderung begeben, entweder in Indien selber oder in die umliegenden Länder mit allen Folgen die es gibt, soziale Spannungen usw.

Hier sehen wir auch eine Polykrise. Man kann sich nicht nur auf die Migrationsfrage konzentrieren, weil man sie nicht dauerhaft lösen kann oder regulieren kann, wenn man nicht an der Klimafrage arbeitet. Also das 21. Jahrhundert wird durch Polykrisen dominiert werden. Und die schlechte Nachricht ist, die sind wesentlich schwieriger zu regulieren und zu lösen, als das in der Vergangenheit der Fall war.

Also meine ersten beiden Punkte sind, wir befinden uns in einem Kampf um eine neue Weltordnung, wir haben das Problem von Polykrisen, was diese Welt nicht stabiler machen wird und Konflikte werden wesentlich schwieriger zu lösen sein, als das in der Vergangenheit der Fall war und der dritte Punkt ist ein Punkt, der ein speziell deutscher Punkt ist, den ich für ein deutsches Publikum mache, aber eigentlich auch ein europäischer Punkt.

Wir erleben gerade, das, was ich die Schattenseiten der Globalisierung nenne. Kaum ein Land auf dieser Welt, vielleicht mit Ausnahme von China und den USA, hat die Möglichkeiten, die die Globalisierung, die ökonomische Globalisierung seit 2000 geboten hat, so exzessiv genutzt wie die Bundesrepublik Deutschland. Es ist klar, wir sind ein exportorientiertes Land und die Globalisierung hat uns die Möglichkeit geboten, diese Exportorientierung nochmals zu verstärken. Wir produzieren weltweit, wir beziehen weltweit. Das haben wir alles gemacht.

Ich würde jetzt mal die These in den Raum stellen, der Wohlstand, den wir alle in den letzten 30 Jahren hatten, ist u. a. der Tatsache zu verdanken, dass deutsche Industrie, deutsche Wirtschaft und deutsche Politik diese Möglichkeiten wirklich exzessiv ausgenutzt haben. Und exzessiv meine ich jetzt gar nicht negativ, das ist sehr positiv. Aber es hat kaum ein anderes Land so betrieben wie die BRD.

Das Problem ist, dass wir jetzt sehen, dass wir vor keinem Konflikt auf dieser Welt mehr immun sind. Die Älteren von Ihnen wissen, wir hatten immer, wenn irgendwo auf der Welt ein Konflikt war und wir

hatten eine mehr oder weniger große Anzahl von Menschen aus diesen Konfliktgebieten hier leben, dass die Wahrscheinlichkeit da war, dass dieser Konflikt auch auf deutschen Straßen ausgetragen wird.

Nehmen Sie die türkisch-kurdischen Auseinandersetzungen in den 1980er Jahren. Wir haben es jetzt erlebt mit Palästinensern und Israelis in den letzten 15 oder 16 Monaten. Das kennen wir, das ist nichts Neues. Das Problem ist, dass wir jetzt davon betroffen sind, obwohl gar keine Menschen mehr hier leben aus diesen Konfliktregionen.

Eines meiner Beispiele ist, es gab eine Zeit in diesem Ukraine-Konflikt relativ am Anfang, da konnten in Europa keine Europaletten mehr produziert werden. Warum? Die Nägel für die Europaletten kamen komplett aus der Ukraine. Und die Russen haben im Zuge dieses Krieges, ob bewusst oder unbewusst weiß ich nicht, diese Firma zerbombt. Eine spanische Firma macht das jetzt.

Nehmen Sie den Beschuss der Huthi auf die Containerschiffahrt am Roten Meer. Die Schiffe müssen Umwege nehmen, es kommt darauf an, woher sie kommen und wohin sie wollen, zwischen 14-19 Tagen. Alles, was auf diesen Schiffen drauf ist, wird dadurch teurer. Entweder für uns als Endverbraucher oder aber für die deutsche Industrie, die da irgendwas geliefert bekommt, was sie braucht, um zu produzieren.

Wenn ich, nicht in diesem Rahmen, verstehen Sie mich nicht falsch, wenn ich in jedem anderen Rahmen vor acht Monaten einen Vortrag gehalten hätte und auf die Huthi aufmerksam gemacht hätte, hätten 80 % der Leute nicht gewusst, worüber ich eigentlich rede. Heute kennt sie jeder. Warum kennt sie jeder? Weil unsere Volkswirtschaft durch sie betroffen ist.

Dann gehe ich auf den dritten Punkt ein und ich gehe gar nicht auf Taiwan ein, die Geschichte kennen sie alle selber mit den Halbleitern. Ich gehe auf den dritten Punkt ein. Angeblich, anlässlich einer der Besuche von Annalena Baerbock beim chinesischen Außenminister und einer Diskussion über China als militärische Bedrohung hat der chinesische Außenminister gesagt: „Warum sollen wir Sie militärisch bedrohen? Wenn wir Sie bedrohen wollen, schicken wir Ihnen keine Antibiotika mehr.“

Da hat er Recht. Wir haben die ganze pharmazeutische Industrie ausgelagert, Globalisierung, nach China, nach Indien. Jetzt sage ich es mal ganz einfach, selbst wenn es nicht politisch genutzt wird. Jetzt stellen Sie sich einfach mal vor, während der Corona-Krise wäre in den Regionen in China, wo die Antibiotika hergestellt werden, Corona ausgebrochen und die Chinesen hätten genauso reagiert wie in Wuhan, nämlich durch harte Abriegelung. Dann wären, das sage nicht ich Ihnen, sondern das sagt die pharmazeutische Industrie, dann wären in drei Tagen in Europa die Antibiotika ausgegangen. Dann wären hier Menschen an Dingen gestorben, ich weiß nicht, wann Antibiotika erfunden wurden, aber ich sage mal, wo sie das letzte Mal vielleicht 1904 dran gestorben sind. Sie schneiden sich in den Finger, es kommt Dreck rein, sie kriegen eine Blutvergiftung und dann sind sie tot.

Das ist das, was ich meine, das sind die Schattenseiten der Globalisierung.

Wir sind vor keinem Konflikt auf dieser Welt mehr sicher. Jeder Konflikt wird uns betreffen. Und zwar nicht mit Blick auf unsere territoriale Sicherheit, aber die meisten mit Blick auf unsere Volkswirtschaft und das, was sie produziert.

Die Konsequenz daraus, wenn Sie mir jetzt den Abschluss erlauben bei der Frage „Was erleben wir gerade?“ ist, dass unser Urlaub, den wir uns seit 1990 von der Geschichte genommen haben, definitiv vorbei ist. Wir haben keine Urlaubstage mehr, wir sind mitten wieder zurückgeworfen in die Geschichte, so wie sie sich für große Teile dieser Welt schon immer gestellt hat. Da waren wir eine Ausnahme. Ich fordere auch immer, das hilft nicht viel, bei dem eigenen subjektiven Angstgefühl, aber ich fordere die Leute auch immer auf einen Perspektivwechsel zu machen.

Wenn sie nach Afrika fahren und sie fragen einen Afrikaner, egal ob einen normalen Bürger oder Politiker oder Journalisten, ob er oder sie das Gefühl hat, dass die Welt aus den Fugen geraten ist und dass die Welt gefährlicher ist in den letzten fünf Jahren, dann werden die Ihnen sagen Nein. Die werden Ihnen sagen, wir haben Konflikte auf diesem Kontinent seit Jahrzehnten mit Millionen von Toten. Für uns ist die Welt nicht aus den Fugen geraten, die war schon immer aus den Fugen geraten.

Was ich meine, das „aus den Fugen geraten“ ist eine dezidiert deutsche und europäische Perspektive, weil wir das Glück hatten, ich meine jetzt sind wir hier im alten Westdeutschland, weil wir das Glück hatten letzten Endes, seit 1949 in Sicherheit und Stabilität zu leben. Das ist vorbei. Unser Urlaub von der Geschichte ist vorbei.

Gleichzeitig ist aber auch vorbei, das bezieht sich auf die Schattenseiten der Globalisierung, gleichzeitig ist aber auch vorbei, diese romantische Vorstellung, die eigentlich fast alle Deutschen, Bürger und Politiker hatten, dass wir eigentlich so etwas wie eine achtmal größere Schweiz sein könnten. Wir betreiben mit der ganzen Welt Handel, wir ziehen überall unsere Vorteile daraus, aber wenn es eklig wird, dann sollen das die Amerikaner oder in Afrika die Franzosen und die Briten machen.

Das kommt zu einem Ende. D. h. eine Konsequenz aus dem, wenn sie mir folgen wollen in meiner Argumentation, aus dem „Was erleben wir gerade?“ ist u. a. da komme ich später auch noch dazu, dass Deutschland sich seiner globalen Verantwortung stellen muss und zwar nachhaltiger und nachdrücklicher, als das die letzten 30 Jahre und eigentlich kann man sagen, als das seit 1949 passiert ist.

Weil, letzter Punkt in diesem Absatz, man ja auch argumentieren kann, dass das Erfolgsmodell der deutschen Wirtschaft, billiges Gas aus Russland, Veredlung von chinesischen Produkten plus einen chinesischen Exportmarkt und das alles unter dem amerikanischen sicherheitspolitischen Schutz gerade vor unseren Augen erodiert.

Das ist die Frage „Was erleben wir gerade?“. Da biete ich Ihnen eine größere Perspektive an, wie man das interpretieren und auch sehen kann.

Was kommt auf uns zu?

Ich will mich auf zwei Punkte konzentrieren, weil ich glaube, das sind die zwei wichtigsten. Es gibt viele andere Punkte, über die man reden könnte, aber angesichts der Zeit will ich mich nur auf zwei Punkte konzentrieren, nein auf drei.

Diese drei Punkte sind, ich habe gerade eben gesagt, das deutsche Erfolgsmodell des Wirtschaftens, billiges Gas aus Russland, China und amerikanischer Schutz existiert nicht mehr. Diese drei Punkte sind natürlich: Russland, China, USA.

Mit Blick auf Russland ist es ziemlich klar. So lange in Moskau ein Regime an der Macht ist, das neoimperiale Gelüste hegt, das die europäische Sicherheitsstruktur nachhaltig zerstören will, so lange wird es die Aufgabe der Europäer sein, zusammen mit den Amerikanern, da mache ich jetzt mal ein Fragezeichen, dazu komme ich noch, dieses Regime einzuhegen und einzudämmen.

Was gleichzeitig bedeutet, dass all das, was wir jetzt mit der Russischen Föderation haben, mehr oder weniger so weiterlaufen wird. Sanktionen werden aufrechterhalten werden, es wird kaum politische Kontakte geben, es wird keine militärischen Kontakte geben, es wird kaum zivilgesellschaftliche Kontakte geben, es wird kaum kulturelle Kontakte geben. Wir befinden uns mit Russland in einem neuen Kalten Krieg. Der wird so lange dauern, wie in Moskau ein neoimperiales Regime an der Macht ist.

Ich sage bewusst ein neoimperiales Regime, weil es nicht nur Putin ist, es ist das Regime. Es wird unterstützt von einem großen Teil der russischen Bevölkerung, wo man sich nicht wundern darf, weil die seit 20 Jahren einer massiven Gehirnwäsche durch die Propaganda ausgesetzt sind und jetzt noch stärker, weil sämtlicher westlicher Einfluss medial in Russland komplett zurückgedrängt wird.

Die Leute, die dann immer argumentieren, das kann ja nicht sein. Die werden doch sehen, wie viele Verluste usw. und was das für ihr eigenes Leben bedeutet. Da sage ich immer: Naja, wie viele Deutsche haben noch bis zum 6. Mai 1945 geglaubt, dass die Armee Wenck das schon noch schaffen wird.

Es sollte uns Deutschen relativ klar sein, was es heißt, wenn man ein gehirngewaschenes Volk hat, das egal was passiert einfach noch weiter daran glaubt, an das, was die politische Führung ihnen erzählt. So lange das so sein wird, wird unsere Aufgabe sein, Russland einzuhegen und einzudämmen, zu verhindern, dass Russland mit seinen imperialen Ansprüchen Erfolg hat.

Deshalb ist der Punkt, dass Russland eigentlich in der Ukraine nicht gewinnen darf, so wichtig. Denn was für Effekte könnten davon ausgehen, wenn Russland in der Ukraine gewinnt? Mit gewinnen meine ich, Russland kriegt all das, was es haben will und die Ukraine kriegt nichts von dem, was die Ukraine eigentlich haben will.

Das erste ist, das Signal, das an die Welt ausgehen wird, könnte ein Fatales sein. Und mit Donald Trump zu sprechen, Make Angriffskrieg Great Again. Ich kann ohne Konsequenzen meinen Nachbarn überfallen und Teile seines Territoriums rauben. Das ist das Signal, das davon ausgehen wird. Die USA und Europa, die zwei von drei stärksten volkswirtschaftlichen Blöcken sind nicht in der Lage ihre Wirtschaften so zu aktivieren und ihr Geld so einzusetzen, dass man die Ukraine nachhaltig unterstützt. Warum sollten sie das dann bei anderen Konflikten machen?

Da rede ich gar nicht mal über China und Taiwan. Wenn sie sich eine historische Landkarte nehmen, werden sie feststellen, wie viele Staaten ungelöste Konflikte über Territorium auf dem jeweils anderen Staat seit Jahrzehnten haben und das Signal, aber das davon ausgehen könnte „Man kann es wieder versuchen.“

Der zweite Punkt ist, Perspektivwechsel, das zweite Signal, das davon ausgehen könnte, ist eins, dass die Staaten, die eigentlich schwächer sind als ihre Nachbarn und vor allen Dingen die Staaten, die in der Nähe zu Nuklearwaffenstaaten leben und mit denen territoriale Streitigkeiten haben, als Lehre ziehen: Wenn ich Nuklearwaffen habe, wird das nicht passieren. D.h. wir könnten in eine Runde der Proliferation eintreten. Die Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, vor allen Dingen nuklearer Art ist eines der großen Erfolgsgeschichten des alten internationalen Systems gewesen.

Wir sind von 1945 eine Nuklearmacht USA bis 2024 neun Nuklearmächte gegangen. Das ist angesichts der Tatsache, dass wir 203 Staaten auf dieser Welt haben, relativ wenig. Schon mit neun Nuklearmächten ist das nukleare Management kein Kinderspiel, aber es funktioniert. Wenn wir in zehn Jahren, zwölf, dreizehn, vierzehn, fünfzehn Nuklearwaffenstaaten haben, wird das nukleare Management ungleich schwieriger, mit all den verbundenen Problemen. Technische Defekte, Kontrolle von Nuklearwaffen usw. und so fort. Aber natürlich, wem kann man es verhehlen, wenn er dasteht, auf Russland und die Ukraine guckt und sagt, mit Nuklearwaffen wäre die Ukraine nie angegriffen worden.

Also ist die beste Garantie für mich von meinem Nachbarn nicht angegriffen zu werden, der Erwerb oder die Produktion von Nuklearwaffen. Das ist eines der Signale, das über die Frage europäischer Sicherheit von einem russischen Sieg in der Ukraine ausgehen könnte.

Zweiter Punkt ist China. Die offene Frage, die wir jetzt natürlich mit der Trump-Administration nochmal haben, ist die Frage, wohin entwickelt sich das Verhältnis USA-China? Es gibt eigentlich nur zwei

Optionen, entweder es gelingt den Vereinigten Staaten, das ist ja seit Obama das Ziel der Vereinigten Staaten, den chinesischen Aufstieg hinauszuzögern oder zu verhindern. Dann werden wir in Zukunft mit einer abgeschwächten amerikanischen Unipolarität weiterleben. So wie wir das in den letzten 30 Jahren hatten. Oder aber es gelingt nicht, dann haben wir eine neue Bipolarität, und zwar eine zwischen USA und China.

Sie werden sehr viel finden in deutschen Dokumenten aber auch anderswo, dass wir eigentlich in der Zukunft in einer multipolaren Weltordnung leben oder da schon längst schon drin leben. Also die Vorstellung, es gibt so verschiedene Pole, Machtzentren in dieser Welt. Das gibt die Empirie nicht her.

Wenn sie ein Pol werden wollen in der internationalen Politik brauchen sie überragende Militärmacht, sie brauchen überragende ökonomische Macht, sie brauchen so eine Art Softpower, d. h. ihr gesellschaftliches System muss zumindest ein bisschen regional ausstrahlen, dass andere das als faszinierend empfinden. Wenn sie das alles mal durchzählen. Zwei Kollegen von mir haben das gemacht, dann ist das Bild, das sich stellt eigentlich folgendes, dann haben sie noch immer einen 800 Pfund Gorilla im Raum, das sind die Vereinigten Staaten.

Sie haben einen 650 Pfund Gorilla, das sind die Chinesen, die gerne auf 750 Pfund aufwachsen würden und der Rest sind 150 kg Schimpansen. Keiner hat das Potential auch nur annähernd an die Machtfülle der Vereinigten Staaten und der Chinesen heranzukommen. Keiner, niemand! Deswegen wird die zukünftige internationale Struktur entweder eine bipolare sein zwischen den USA und China oder aber eine abgeschwächte unipolare, in der die Vereinigten Staaten weiterhin die hervorgehobene Macht sind.

Aber diese neue Bipolarität, und darauf will ich mich jetzt erst einmal konzentrieren, diese neue Bipolarität die wird anders sein als die alte Bipolarität zwischen den USA und der Sowjetunion. Sie wird nicht primär durch Rüstungswettläufe gekennzeichnet sein. Die Älteren können sich daran erinnern, zwischen der USA und der Sowjetunion ging es immer nur darum, wer hat mehr Nuklearwaffen, wer hat die weitreichenderen Trägersysteme, wer hat die moderneren Waffensysteme.

Rüstung wird eine Rolle spielen, aber es ist nicht mehr die zentrale Rolle. Diese neue Auseinandersetzung wird schwerpunktmäßig durch geoökonomische Rivalität gekennzeichnet sein und durch die Frage, wer ist technologisch innovationsfähiger. Geoökonomische Rivalität – man kann natürlich die Neue Seidenstraße als ein phantastisches riesiges Infrastrukturprojekt für die Hälfte der Welt sehen, was es vielleicht auch ist. Aber das Ziel der Neuen Seidenstraße ist ja letzten Endes nichts anderes, als die Welthandelsströme umzuleiten mit dem Zentrum Asien und mit dem Zentrum Peking.

An diesen Fragen wird sich die Bipolarität entscheiden. Technologische Innovationsfähigkeit: die Frage ist, wer ist technologisch innovativer vor allem im Bereich KI und der Nutzung von KI in allen Lebensbereichen und allen Produktionsbereichen. Dieser Deep Seek, ich weiß nicht, ob Sie das mitbekommen haben, Schock in den USA, ist aus dieser Perspektive genau ein Indiz dafür, dass es um technologische Innovationsfähigkeit geht. Dieser Deep-Seek-Schock ist so etwas Ähnliches wie der Sputnik-Schock in den 50er Jahren, als die Sowjets das erste Mal eine Raumsonde ins All geschickt haben und die Amerikaner gedacht haben, jetzt laufen ihnen die Sowjets davon und sie kippen hinten runter. Also geoökonomische Rivalität und technologische Innovationsfähigkeit werden diese Auseinandersetzung bestimmen.

Zweitens wird das nicht eine alte Bipolarität sein wie zwischen der Sowjetunion und der USA, weil die Hälfte der Welt nicht nach Washington gehen wird als Verbündeter und die Hälfte der Welt nicht nach Peking gehen als Verbündeter. Wir sehen bereits jetzt, ich mag diesen Begriff nicht, ich habe aber keinen besseren, deswegen benutze ich ihn, dass die sog. Staaten des globalen Südens, und ich nehme jetzt nur die Großen, also die, die ungefähr so 100 Mio. Einwohner haben, großes Territorium haben

und das, was man früher, ich glaube Goldman-Sachs hat das erfunden, Emerging Markets nennt, also Wachstumsraten jährlich zwischen 4-8 Prozent. Die Indonesier, die Nigerianer, die Brasilianer, die Südafrikaner, und dann natürlich als eine Sonderkategorie die Inder.

Die werden einen Teufel tun, sich dauerhaft nach Washington zu orientieren oder dauerhaft nach Peking zu orientieren. Die werden je nach Lage, je nach ihrem eigenen Interesse und je nach dem besseren Angebot, mal bei Washington sein oder mal bei Peking sein oder wie die Inder, die es schaffen, sowohl bei Peking zu sein als auch bei Washington zu sein.

Deswegen wird diese neue Bipolarität nicht wie die alte amerikanisch-sowjetische eine Art globale Stabilität und Berechenbarkeit nach sich ziehen, weil es schwerpunktmäßig an diesen großen Regionalmächten liegen wird, ihr Umfeld zu stabilisieren, wenn es konfliktiv ist. Ob das denen gelingt oder nicht, das ist eine offene Frage.

Also viele Hoffnungen sind ja, Bipolarität bedeutet ja Berechenbarkeit und Washington muss nur nach Peking gucken und Peking muss nur nach Washington gucken. Aber wir sehen, dass sowohl Washington als auch Peking überragende Macht haben, aber auch keine Kontrolle mehr, wenn sie ihre Macht einsetzen, unbedingt über den Outcome ihres Machteinsatzes. D. h. diese neue Bipolarität wird möglicherweise mit massiven regionalen Instabilitäten einhergehen.

Aber diese Staaten des globalen Südens und jetzt rede ich mich um Kopf und Kragen, weil ich in einem Industrie-Club bin und ich bin nur Politikwissenschaftler, diese Staaten des globalen Südens stellen natürlich für uns eine Chance dar. Und zwar für uns die Chance dar, unsere Abhängigkeit von China zu minimieren, neue Märkte zu öffnen, die Abhängigkeit von China zu minimieren.

Ich finde es immer witzig im deutschen Zusammenhang, dass hier sehr intensiv darüber diskutiert wird, ob man das machen soll oder nicht, ob man das machen kann oder nicht – Derisking. Meine These ist, Decoupling kann man nicht machen. Dafür sind wir zu abhängig von den Chinesen. Aber Derisking sollte man machen. Und verkennen dabei, dass Xi Jinping auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas letztes Jahr sehr eindeutig gesagt hat, dass China bis 2035 in zehn strategischen Industriesektoren unabhängig werden will vom westlichen Einfluss.

D. h. in zehn Sektoren in China wird in den nächsten 10 Jahren das Licht ausgeknipst werden für westlichen Einfluss, westliches Know How und westliche Absatzmärkte. Da zählt u. a. die deutsche Automobilindustrie dazu. Das wird hier völlig vergessen. Das sollte eigentlich ein Incentive sein, um die Abhängigkeit in vielen Fragen, ganz einfach, nicht nur weil es politisch schlecht sein könnte, sondern auch ökonomisch gefährlich ist, die Abhängigkeit von China zu reduzieren. Wie gesagt, ganz unabhängig werden wir davon nicht werden.

Und dann kommen wir zum seit dem 06. Januar zu dem Elefanten im Raum. Das sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Ich würde immer dafür plädieren, nicht über jedes Stöckchen zu springen, das die Trump-Administration einem hinhält. Trump spielt sehr bewusst mit der Unberechenbarkeit. Er ist nicht unberechenbar, aber er spielt mit der Unberechenbarkeit. Trump sehr bewusst, stellt Forderungen, die auf den ersten Blick unglaublich irre klingen. Aber man muss sich bei jeder dieser Forderungen fragen, was steckt eigentlich dahinter und was will er.

Nehmen sie diese Grönland-Sache. Er verweigert sich auf Nachfrage, zu antworten, dass er natürlich nicht sein Militär einsetzen wird, um Grönland zu erobern. Und alle springen über dieses Stöckchen. Aber wenn man dahinterguckt, was will der eigentlich mit Grönland. Er wollte ja schon in seiner ersten Amtszeit Grönland kaufen. Dann ist das vielleicht gar nicht mal so dumm.

Er will Rohstoffe, er will den chinesischen Einfluss zurückdrängen, denn die Chinesen bei den Grönländern massiv an die Tür klopfen und gleichzeitig ist Grönland für die USA aus strategischen

Gründen extrem wichtig, weil Interkontinentalraketen über die Arktis fliegen werden. Dann können sie in Grönland Luftverteidigung aufstellen, Radarstationen aufstellen, Early Warning Systeme aufstellen usw.

Und es wirkt. Zwei Tage nachdem er das angekündigt hat, dass er nicht ausschließt, Grönland militärisch zu erobern, hat die grönländische Regierung angekündigt, dass sie sehr gerne bereit ist, mit den Amerikanern enger zu kooperieren.

Das Gleiche gilt für den Panama-Kanal. Er wird den Panama-Kanal nicht militärisch erobern, aber er will ihn natürlich zurück, weil es mit Blick auf Handel und mit Blick auf einen möglichen chinesischen Einfluss für die USA entscheidend ist, die Kontrolle über den Panama-Kanal wiederzuerlangen. Also er übt Druck aus. Wenn er über 5 % Verteidigungsausgaben bei der NATO redet, die die USA selber nicht erfüllen. Die amerikanischen Verteidigungsausgaben liegen bei 3,8 % am Bruttoinlandsprodukt, oder bei 4 %, aber auf jeden Fall nicht bei 5.

Dann ist die Frage, womit wird er sich zufriedengeben, sind das 3 % oder 3,5 %? Der Punkt ist aber, er wird sich aus Europa zurückziehen. Damit steht er in einer Kontinuität aller amerikanischen Administrationen seit der Obama-Administration. Ich empfehle immer jedem, die letzte Rede, die der letzte Verteidigungsminister der Obama-Administration in Brüssel gehalten hat, ich glaube beim German Marshall Fund, zu lesen, weil Robert Gates da auf eine natürlich diplomatisch fein ziselierte Art den Europäern sagt, wenn ihr nicht mehr tut, werden wir weg sein.

Letzten Endes ist es das, was jede amerikanische Administration will: militärisch aus Europa weg sein. Und alle Konzentration nach Asien legen und militärisch weg sein heißt nicht komplett weg sein, aber auf ein Minimum zu reduzieren, das man braucht, ich sage mal Ramstein als Drehscheibe in den Mittleren und Nahen Osten oder nach Zentralasien und in den Kaukasus. Das wird Trump machen.

Deswegen sagt er ja auch, deswegen will er ja diesen russischen Aggressionskrieg beenden, weil nur der es ihm erlaubt, Truppen abzuziehen. Deswegen sagt er ja auch, ich beende den und ihr Europäer sichert den ab. Wir setzen da keine boots on the ground. Natürlich wenn er da boots on the ground setzt, dann kann er wieder nicht aus Europa abziehen. Deshalb wird auf uns Europäer die große Aufgabe zukommen, für unsere eigene Sicherheit wesentlich mehr Sorge zu tragen.

Jetzt gibt es zwei Schulen, die gerade so diskutieren in Deutschland. Ich nehme jetzt mal nur die deutsche Debatte, aber die spiegelt die europäische Debatte wider, die ich beide für nicht realistisch halte.

Die eine Schule ist, zu sagen, naja gut, dann machen wir jetzt mit den Amerikanern Deals, Deals, Deals, Deals, Deals und dann bleiben sie hier als europäische Macht. Das verkennt zwei Faktoren, dass die USA nicht mehr europäische Macht sein wollen und das zweite ist, dass Unberechenbarkeit ein Politikprinzip von Trump ist. Sie werden Trump nie dazu bekommen, Versicherungen zu geben, die dann auch gültig sind. Denn je nach Interessenlage stellt er sie wieder in Frage, um noch mehr zu bekommen.

Die zweite Schule, wie gesagt ich konzentriere mich auf deutsche Diskussion, ist die Antwort, die die SPD und die Grünen geben, die Antwort auf „Make America Great Again“ oder „America First“ kann nur „Europe United“ sein.

Ich warne davor, diese Antwort zu geben. Ein Europa ohne amerikanischen Schutz ist für die nächsten zehn Jahre nicht in der Lage, sich selbst zu verteidigen. Ein Europa ohne amerikanischen Schutz würde bedeuten, dass wir nicht mehr über 3 % oder 3,5 % Verteidigungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt reden. Dann bewegen wir uns in eine Situation wo wir, 6,7,8 Prozent über zehn Jahre brauchen.

Wir haben einen großen Teil der Fähigkeiten, die die Amerikaner zur Verfügung stellen nicht in der Masse, um uns das größte Risiko, dem die europäische Sicherheit gerade ausgesetzt ist, nämlich Russland, dem was entgegensetzen. D. h., wenn wir auf Abkopplung von den USA aus sind, werden wir die nächsten zehn Jahre sehr schutzlos sein.

Deswegen plädiere ich dafür und das ist die beste Chance, die wir haben, und ich sage nicht, dass sie funktionieren wird, mit der Trump-Administration einen konkreten Fahrplan zu verhandeln. Einen konkreten Fahrplan, wann die Europäer was liefern, im Sinne auch von Fähigkeiten, wann die Europäer Geld in die Hand nehmen, um bestimmte Dinge zu kaufen, um bestimmte Dinge produzieren zu lassen. Teilweise müssen wir sie dann weiter in den USA kaufen, das ist bei Trump auch immer ganz nett, dann kann er seiner eigenen Wirtschaft sagen, wie sehr er die Europäer gezwungen hat, doch Buy America zu machen und es dann sukzessive den Amerikanern erlauben, sich als europäische Macht militärisch vom Kontinent zu verabschieden.

Allerdings nicht die Nuklearkomponente. Also am Ende dieses Deals, sind die Amerikaner weiterhin diejenigen, die die nukleare Garantie für Europa liefern und haben dann eine kleine Komponente hier in Europa, die sie selber brauchen, aber die für uns Europäer auch wichtig ist.

Ich glaube, dass sowohl diese Idee, wir machen jetzt einfach Deals und dann ist das alles gut, als auch die Idee, wir machen Europe United, dass das beides zum Scheitern verurteilt ist. Ich sage nicht, dass dieser Fahrplan mit konkreten Daten, mit Bench Marks, dass der erfolgreich sein wird. Der Punkt ist, wir haben keine bessere Chance. Das ist das, was wir zu erwarten haben in den nächsten zehn Jahren.

Geben Sie mir noch 10 Minuten? Ich habe meine 40 Minuten schon durch. Weil ich noch die Frage beantworten muss, sind wir darauf gut vorbereitet? Wenn ich so eine Frage stelle, wissen Sie auch, was die Antwort ist: Nein, wir sind nicht gut drauf vorbereitet, weil wir uns nicht auf genau dieses Szenario vorbereitet haben. Also trotz des russischen Angriffskrieges haben wir uns genau auf dieses Szenario nicht vorbereitet.

Ich sage jetzt mal Folgendes: Das eine ist, Bundeskanzler Scholz hat am 27.02. eine Zeitenwende-Rede gehalten. Wenn man die nochmal nachliest, in der Tat benutzt er diesen Begriff Zeitenwende sechs- oder siebenmal, aber immer nur mit Blick darauf, dass der russische Krieg eine Zeitenwende sei in der internationalen Politik.

Er benutzt den Begriff Zeitenwende nie für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das haben wir alle daraus gemacht. Wir alle haben nachher gesagt, der ruft jetzt eine Zeitenwende für die deutsche Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus. Nein, hat er nie gemacht. Das Einzige, was er gemacht hat, er hat 100 Milliarden für die Bundeswehr zur Verfügung gestellt und dann diese 2 % Geschichte.

Warum betone ich das? Es gibt das Buch, Schweppe heißt er, es gibt das Buch eines deutschen Journalisten, das heißt: Zeiten ohne Wende. Das geht genau über diese ersten 1,5 Jahre des russischen Aggressionskrieges. Da ist ein schöner Satz des Kanzleramtsministers Wolfgang Schmidt zitiert, der nämlich sagt: „Zeitenwende war nie ein politisches Programm.“ Jetzt haben wir natürlich in den ersten drei Monaten dieses russischen Aggressionskrieges in dem Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik natürlich Entscheidungen erlebt über die Nacht, die vorher zehn Jahre lang ergebnislos diskutiert wurden. Was wir aber erleben, dass spätestens im Mai, Juni das deutsche System komplett wieder in den Friedensmodus zurückgegangen ist. Wir haben Politik so betrieben, als ob es diesen Angriffskrieg nie gegeben hätte.

Wenn sie gucken, was da im Mai, Juni passiert ist, dann werden sie feststellen, das war der Zeitpunkt, wo die Russen sich aus Kiew zurückziehen mussten. D. h. diese Vorstellung, die hier alle umgetrieben

hat, die Russen erobern die Ukraine, stehen mit ihren Bataillonen und Brigaden, stehen sozusagen an der baltischen Grenze und wir haben alle keine Ahnung, was sie dann weiter machen, die war dann erstmal nicht realistisch. Das hat komplett den Druck aus dem System rausgenommen. Seitdem machen wir business as usual.

Das ist ein bisschen anders gelaufen mit dem LNG-Terminal, weil da der Druck natürlich bis Winter sehr hoch war, weil die Vorstellung war, wir kriegen das nicht substituiert, die Gaspreise schießen in die Höhe, es wird zu wenig Gas geben, die Leute frieren, Industrie hat zu wenig Gas. Da wurden dann über 8 Monate lang alle Verordnungen und Regelungen ausgesetzt, die man normalerweise in der BRD hat.

Jeder von ihnen, der sich kommunal ein bisschen auskennt, weiß wie lange es dauert, einen km Autobahn zu bauen. Also unter normalen Bedingungen hätten meine Enkel, die ich noch nicht habe, vielleicht dieses LNG-Terminal irgendwann mal gesehen. So waren wir in der Lage, das in acht Monaten, weil der Druck halt so groß war. Aber der militärische Druck war spätestens im Juni, Juli vorbei. Also wir haben keine Zeitenwende gehabt. Das Erste.

Der zweite Punkt ist, ich glaube, wir haben die Situation, deshalb habe ich mit diesem größeren Bild angefangen, wir haben diese Situation vollumfänglich noch immer nicht begriffen, worin wir uns befinden, und warum dieser russische Aggressionskrieg so eine Bedeutung hat.

Ich habe mir heute das erste Mal, auf der Fahrt hierher, die Merz-Rede auf dem Parteitag angehört. Der sagt, ich paraphasiere das, dieser Russische Aggressionskrieg ist nicht nur ein Krieg gegen die Ukraine er ist ein Krieg gegen die liberale Weltordnung.

Das ist das erste Mal, dass ich so einen Satz höre nach drei Jahren. Ob man dem jetzt Glauben schenken mag oder nicht, in der Folge, dass daraus die Konsequenzen gezogen werden, das ist etwas anderes. Aber es ist das erste Mal, dass ich diesen Satz in der Klarheit von einem deutschen Politiker gehört habe.

Dritter Punkt: Teile der deutschen Industrie sind dabei, mit Blick auf China, das Ganze wieder gegen die Wand zu fahren, weil sie sich so verhalten wie mit Blick auf Russland: Geschäfte bis zur letzten Minute, und „das wird schon nicht schiefgehen“. Ich erinnere alle an das Handelsblatt-Interview des Vorstandsvorsitzenden von BASF, eine Woche oder zwei nach Ausbruch des russischen Aggressionskrieges, wo er gesagt hat: „Ja, aber China ist nicht Russland.“ Ich sage: Ja das stimmt, China ist schlimmer als Russland.

Die Schäden, die China uns zufügen kann, sind wesentlich schlimmer als das, was Russland mit dem Gas machen konnte. Wenn das so passieren sollte, wird uns die Substitution von russischem Erdgas wie ein Kinderspiel vorkommen angesichts dessen, was China in der Lage ist zu tun. China kann bereits jetzt in einigen Städten der BRD die gesamte Telekommunikation lahmlegen, weil sie in den Masten drin ist. Das ist nur ein Teil.

Stellen Sie sich einfach mal vor, die liefern keine Antibiotika. Wir haben keine Redundanzen. Wir versuchen sie aufzubauen seit zwei Jahren. Wir haben sie nicht. Halbleiter, jeder von ihnen, der ein Unternehmen hat, ist auf diese Halbleiter angewiesen. Wenn die nicht mehr da sind, ist Schicht. Haben wir Redundanzen aufgebaut? Nein, haben wir nicht. Wir versuchen es. Intel Magdeburg hat nicht geklappt.

Die Franzosen versuchen es, haben Schwierigkeiten und die Amerikaner haben versucht, zwei Dependancen von dieser wichtigsten taiwanesischen Halbleiterfirma aufzubauen und sehen jetzt, dass man zwar diese Firma hochziehen kann und das ganze Gerät da reinbringen kann, dass aber die Produktion so schwierig ist, weil es so High Tech ist, dass man das nicht einfach substituieren kann, was da in Taiwan produziert wird.

Also: Sind wir darauf vorbereitet? Wir sind nicht darauf vorbereitet.

Dann kommt noch der nächste Punkt. Wir sind seit zehn Jahren einem hybriden Krieg ausgesetzt seitens Russlands, den wir als solchen erst jetzt anfangen zu benennen seitens der Politik und noch immer nicht mit aller Konsequenz.

Es gibt Desinformationskampagnen, es gibt, wenn sie sich mit dem BND unterhalten, wir erwarten jetzt für diese Bundestagswahl also in den letzten drei Wochen so massive Desinformation wie es noch nie gegeben hat.

Es gibt Cyberspionage, es gibt Cyberattacken, es gibt Anschläge auf kritische Infrastruktur, die wir in Deutschland erlebt haben. Es gibt den Versuch, deutsche Manager umzubringen, der aufgedeckt worden ist, Gott sei Dank. Aber man hat in Spanien jemanden umgebracht, man hat in Lettland jemanden umgebracht.

Es gibt dann noch die Unterstützung und das muss ich sehr vorsichtig ausdrücken, weil man mich deshalb schon einmal angezeigt hat, und möglicherweise auch die Finanzierung rechtsextremistischer und linkspopulistischer Parteien.

Das ist alles eine Kampagne. Diese Kampagne soll dazu dienen, das Vertrauen der deutschen Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit und die Problemlösungsfähigkeit der demokratischen Strukturen, die wir haben, zu unterminieren. Und diese Kampagne ist nicht unerfolgreich. Drei ostdeutsche Wahlen: AfD und BSW_ 50 plus. Je nachdem wie diese Bundestagswahl ausgehen wird, könnten AfD und BSW eine Sperrminorität im nächsten deutschen Bundestag erreichen.

Sperrminorität bedeutet, dass alles, was mit einer Verfassungsänderung einhergehen muss, dann Makulatur ist, weil keiner eine Verfassungsänderung herbeiführen kann.

Also, wenn jemand sich mit dem Gedanken trägt, ein neues Sondervermögen für die Bundeswehr aufzulegen, das können sie nur, indem sie das nochmal in die Verfassung einbringen. Schuldenbremse reformieren, das können sie nur, indem sie die Verfassung ändern. Wenn sie zwei Parteien haben, die eine Sperrminorität haben, können sie das möglicherweise vergessen.

Also so unerfolgreich sind die Russen nicht mit Blick auf ihre hybride Kriegsführung. Und wir haben bis heute keine resiliente Gesellschaft. Wir haben keine Gesellschaft, die diesen äußeren und inneren Krieg, der gerade geführt wird, mit Resilienz begegnen kann. Weil Resilienz der Gesellschaft nicht als politisches Programm vorliegt.

Jetzt kann man sich natürlich fragen, es gibt viele technische Bereiche, in denen Resilienz passiert, aber man kann sich natürlich fragen: Warum soll eine Gesellschaft resilient werden? Da gibt es einen ganz wichtigen Unterschied. Wenn die über Verteidigung reden, dann ist es ja klar, den Gesellschaftsvertrag, den wir mit dem Vertrag haben, gehen Sie zurück in Ihre Studienzeit, Thomas Hobbes, selbst wenn Sie John Locke nehmen, da steht es ja drin. Das ist doch der Deal, dass wir sagen, wir verzichten auf unser Recht, Gewalt auszuüben, das macht der Staat für uns. Der sorgt für Sicherheit nach innen und sorgt für Sicherheit nach außen. Das ist der Deal, den wir mit dem Staat haben.

Deswegen, wenn wir über Verteidigung reden, ist es klar, das ist eine exekutive Aufgabe und wir haben ein Instrument dafür, das ist die Bundeswehr. Wenn irgendwann ein Verteidigungsminister, ein Generalinspekteur oder vielleicht ein Bundeskanzler sagt, so wir können uns verteidigen, dann stellt sich bei uns als Bürgern das Gefühl von Sicherheit ein. Aber eigentlich haben wir damit nichts zu tun. Das ist Aufgabe der Exekutive, die hat ein Instrument dafür, Bundeswehr, und die soll das machen.

Resilienz kann aber nur funktionieren, wenn der einzelne resilient werden will. Das ist keine Aufgabe der Exekutive. Die Exekutive oder Landesregierungen oder Kommunen, die können die Strukturen

dafür herstellen, dass Gesellschaften resilient werden. Wenn der Einzelne aber nicht resilient werden will, dann wird diese Gesellschaft nicht resilient.

Jetzt kann man sich fragen, naja wir haben diesen russischen Angriffskrieg, das ist doch Grund genug, dass wir alle resilient werden sollten. Erstens, ich zitiere jetzt einfach aufgrund der Zeit spaßeshalber, auf den Rest kann ich in der Diskussion eingehen, einen Freund von mir, der in Berlin lebt und vor drei Wochen bei genau dieser Debatte gesagt hat: Weißt du, Carlo, wenn ich mit meinem Sohn am Samstag in den sechsten Stock ins KaDeWe gehe, da fühlt sich keiner von den Russen bedroht. Die deutsche Bevölkerung empfindet diese Bedrohung nicht, oder wenn nur sehr abstrakt. Sie kann aus ihr nicht ableiten, die Notwendigkeit von Resilienz.

Der Punkt, glaube ich, ist ein anderer, was man viel stärker in die Köpfe der Leute einsickern lassen sollte und dazu braucht es politische Führung, ist doch der Punkt: Unsere Demokratie ist bedroht. Unsere Demokratie ist ganz konkret bedroht. Man muss den Leuten einfach klarmachen, und das ist schwierig in der BRD, denn mit Blick auf diese Resilienz ist die BRD-Opfer des Erfolges ihrer eigenen Geschichte geworden. Denn wir leben in einem Staat, der in der 2,5ten Generation, also wenn sie sozusagen aus Westdeutschland kommen, nichts anderes kennt als Stabilität, als Sicherheit und in der langen wachsenden Linie einen immer größer werdenden Wohlstand.

Die Leute können sich nicht vorstellen, dass Demokratie nicht – ich übertreibe es – gottgegeben ist und dass Demokratie irgendwann mal nicht mehr existieren kann. Und dass das Ende von demokratischen Staaten ein anderes ist als das von autokratischen Staaten. Bei autokratischen Staaten da passiert irgendwas und wenn es funktioniert, in drei Monaten sind sie weg.

Demokratien, wie zwei Harvard-Kollegen geschrieben haben, sterben im Dunkeln. Weil die demokratische Qualität eines Staates immer nur Stück für Stück abnimmt. Das können sie in Ungarn hervorragend beobachten, aus einer normalen Demokratie in einen autoritären Staat über einen Zeitraum von zehn Jahren. Da war nichts Großes. Es waren kleine Reförmchen, immer mehr Reförmchen, und bevor die Leute es eigentlich gemerkt haben, war es schon zu spät. D. h. wir müssen das Bewusstsein hier wieder entwickeln, dass Demokratien verteidigt werden müssen.

Ich habe mit meinem Studium an der Uni Köln angefangen. Ich komme eigentlich aus der politischen Theorie und ich hatte einen Lehrer, Ulrich Matz, leider Gottes schon lange verstorben, der immer in seinen Vorlesungen gesagt hat: Das große Problem der Demokratien ist, dass es zu wenig Demokraten gibt, die bereit sind für sie zu sterben. So als 20-jähriger habe ich mir gedacht, Gott, was erzählt mir der alte Mann.

Aber er hat Recht gehabt. Jede Ideologie hat einen Haufen fanatisierter Anhänger, die bereit sind, sofort für sie zu sterben. Demokratie ist in dem Sinne nicht sexy, weil Demokratie keine Ideologie ist. Demokratie ist ein System von Strukturen, Prozessen, Rechten, Pflichten usw. Dafür sind die wenigsten bereit, zu sterben. Sie genießen die Vorteile dieser Demokratie. Wir genießen sie alle und dabei vergessen wir es, dass auch Demokratien dysfunktional werden können und sterben können.

Worum es geht, ist, das Bewusstsein wieder zu entwickeln, dass Demokratie verteidigt werden muss. Verteidigung der Demokratie, heißt nicht nur, das wird die wenigsten betreffen, mit der Waffe in der Hand an der Ostflanke der NATO. Sondern die meisten müssen Demokratie verteidigen in der alltäglichen Praxis, im alltäglichen Gespräch mit dem Nachbarn, mit dem Kollegen, mit dem Freund, der anfängt an der Problemlösungsfähigkeit demokratischer Strukturen zu zweifeln. Da wird Demokratie auch verteidigt. Wenn wir da nicht hinkommen, dann kriegen wir auch keine resiliente Gesellschaft.

Ich will diesen Vortrag abschließen, das ist jetzt kein Appell, aber ich glaube es die logische Konsequenz aus dem, was ich Ihnen gerade jetzt erzählt habe. Ich finde, habe das auch vor zwei Wochen im Handelsblatt geschrieben, ich finde, wir stehen vor einer der drei wichtigsten Wahlen in der BRD. Diese Wahl, die in zwei Wochen stattfindet, ist meines Erachtens nur zu vergleichen mit der Wahl 1949 und mit der Wahl 1990. Weil es eine Wahl ist, in der wir eine Regierung wählen, die in ihrer Legislatur fundamentale Entscheidungen treffen muss, mit Blick auf die Frage, wie positioniert sich die BRD in der Zukunft außen- und sicherheitspolitisch, weil das ganze äußere Umfeld sich wandelt.

Und gleichzeitig aber auch fundamentale Entscheidungen treffen muss mit Blick auf die Innenpolitik, wenn Sie mir folgen, wenn ich sage, das klassische deutsche Wirtschaftsmodell kommt an sein Ende. Wie sichern wir Wachstum und Wohlstand in der BRD und dazu bedarf es fundamentaler Entscheidungen. Damit ist es eigentlich nur vergleichbar mit der ersten Wahl in der BRD, denn Adenauer musste diese BRD, und das war ja damals nicht unstrittig, die Westbindung, positionieren und gleichzeitig Entscheidungen über die ganze Struktur der Gesellschaft und des Wirtschaftens treffen, also soziale Marktwirtschaft.

Und mit der Wahl nach der Wiedervereinigung, weil auch da wandelte sich das internationale Umfeld, nicht so dramatisch, aber Deutschland musste gucken, wie kann es jetzt dieses neuere größere Deutschland mit 80 Mio. Einwohnern, die stärkste Volkswirtschaft Europas tiefer in Europa integrieren, weil alle anderen Staaten Befürchtungen hatten über deutsche Sonderwege, und gleichzeitig die Vollendung der inneren Einheit. Also auch da fundamentale Entscheidungen. Und genau vor so einem Punkt stehen wir am 23. Februar.

Und leider Gottes, das ist jetzt keine positive Nachricht, finde ich, trotz letzter Woche, dass wir einen Wahlkampf haben, den hätten wir 1987 haben können oder 2013 oder 2017, in dem mir Parteien erzählen Rente hier drehen, Rente da drehen, Krankenversicherung hier drehen, Krankenversicherung da drehen, aber letzten Endes die große Erzählung, wie positionieren wir Deutschland neu nach innen und nach außen, die völlig ausbleibt.